

## Ost-Timors steiniger Weg zu einer stabilen Demokratie

IST IM NEUNTEN JAHR DER UNABHÄNGIGKEIT DAS ENDE DER VN-PRÄSENZ IN SICHT?

**Ost-Timor befindet sich vor einem weiteren Schritt in Richtung eines stabilen Staats. Zwölf Jahre nach dem ersten Einsatz der Vereinten Nationen (VN) in Ost-Timor ist mit der letzten Verlängerung der Intergrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste (UNMIT) im Februar 2011 der endgültige Abzug der VN-Einsatzkräfte im kommenden Jahr in Sicht.**

Ausschlaggebend für die Genese der osttimoresischen Unabhängigkeitsbestrebungen waren die fundamentalen Umwälzungen der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in seinem portugiesischen Mutterland Anfang der 1970er Jahre. Die Hoffnungen auf eine baldige Souveränität endeten jedoch alsbald mit dem Einmarsch indonesischer Truppen. Die bis 1999 andauernde Besatzungszeit war geprägt von umfassenden Repressionen und Menschenrechtsverletzungen des indonesischen Militärs und pro-indonesischer Milizen gegen den von der linksgerichteten FRETILIN (Revolutionäre Front für ein unabhängiges Timor-Leste) angeführten Befreiungskampf. Schätzungen zufolge forderte das jahrzehntelange Ringen um Autonomie insgesamt 200.000 Todesopfer.

### **Nach der Unabhängigkeit: Die Vereinten Nationen in Ost-Timor**

Erst der Sturz des indonesischen Herrschers Suharto ermöglichte 1999 ein von der osttimoresischen Bevölkerung positiv beantwortetes Referendum, das die Unabhän-

gigkeit des Landes begründen sollte. Die Folge waren vom indonesischen Militär unterstützte gewalttätige Ausschreitungen, bei denen ca. 1.500 Menschen ums Leben kamen. Die Unruhen führten 1999 zum Eingreifen der Vereinten Nationen, die mit der VN-Sicherheitsratsresolution 1272 Ost-Timor bis zur offiziellen Unabhängigkeit am 20. Mai 2002 unter eine Übergangsverwaltung (*United Nations Transitional Administration in East Timor*, UNTAET) stellten. Deren Mandat zielte primär auf die Errichtung grundlegender staatlicher Strukturen ab.

Nachfolgemission der UNTAET war die auf VN-Sicherheitsratsresolution 1410 basierende und bis 2005 andauernde Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Ost-Timor (*United Nations Mission of Support to East Timor*, UNMISSET), die zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse in dem noch jungen Staat beitragen sollte. Der verfrühte Abzug des Gros der internationalen Justizbeamten, fehlende lokalpolitische Strukturen sowie eine unwirksame Gerichtsbarkeit verstärkten in Ost-Timor destabilisierende Tendenzen. Im entstandenen Rechtsvakuum fanden die aufkommenden Unruhen einen guten Nährboden.

Die nach dem Ende der UNMISSET etwa 90 im Land verbliebenen zivilen Helfer im Büro der Vereinten Nationen in Ost-Timor (UNOTIL) konnten wenig dazu beitragen, dass es 2006 zu einer wiederholten Eruption der Ausschreitungen kam. An ihr waren rebellierende Teile der Armee unter dem ehemaligen Freiheitskämpfer Alfredo Reinado sowie

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

OST-TIMOR

NIELS BÖHM

März 2011

[www.kas.de/osttimor](http://www.kas.de/osttimor)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Polizeikräfte und Jugendbanden beteiligt. Unter diesen Voraussetzungen entschied der Sicherheitsrat 2006, dass ein erneutes Eingreifen der Vereinten Nationen unumgänglich sei und entsandte gemäß Resolution 1710 etwa 1.600 Polizisten, Militärberater und zivile Angestellte. Das Mandat der Integrierten Mission der Vereinten Nationen für Ost-Timor (*United Nations Integrated Mission in Timor-Leste*, UNMIT) richtete sich in erster Linie auf die Wiederherstellung der Sicherheit in Ost-Timor, den wirtschaftlichen Aufbau des Landes sowie auf die Unterstützung der 2007 durchgeführten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen.

#### **Wahlen als Feuerprobe: Fortsetzung der Gewalt oder politische Stabilisierung?**

Trotz der Präsenz der Vereinten Nationen kam es im Anschluss an die Wahlen im Jahr 2007, die den Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta als Staatspräsidenten und eine Regierungskoalition unter Ministerpräsident Xanana Gusmão hervorbrachten, erneut zu Unruhen. Die bisherige Regierungspartei FRETILIN, die im Vergleich zur Wahl 2001 mehr als die Hälfte ihrer Sitze im Parlament einbüßte und so zur eindeutigen Wahlverliererin deklassiert wurde, wollte sich nicht mit ihrer Wahlniederlage zufrieden geben und zweifelte öffentlich die Verfassungsmäßigkeit der Regierungsbildung an, da sie trotz der herben Verluste immer noch als stärkste politische Kraft aus den Wahlen hervorgegangen war. Wieder einmal manifestierte sich die Anwendung von Gewalt als probates Mittel der politischen Auseinandersetzung. Gipfel der Unruhen waren die Attentate auf Präsident Ramos-Horta und Ministerpräsident Gusmao am 11. Februar 2008, die beide überlebten. Die Anschläge kosteten nicht nur dem charismatischen Rebellenführer Reinado das Leben, sondern leiteten zudem eine entscheidende Wende ein. Mit dem Tod Reinados sowie der Verhaftung, Verurteilung und Entwaffnung vieler Rebellen beruhigte sich die Lage in Ost-Timor ab 2008 zusehends.

Seitdem haben zum Einen die Reduzierung extremistischer Bewegungen und zum Anderen die Maßnahmen der UNMIT den Aufbau effektiver und neutraler staatlicher

Strukturen im Bereich des Justizwesens und des Sicherheitssektors gestärkt. Neben vielen externen Maßnahmen, die sich positiv auf die Entwicklung Ost-Timors ausgewirkt haben, kristallisierte sich besonders die gezielte Flüchtlingspolitik der Regierung Gusmão als richtungsweisend für die politische und gesellschaftliche Stabilisierung des Landes heraus. Die konsequent betriebene Auflösung der seit 2006 bestehenden Flüchtlingslager, die nach den Wahlen 2007 von der FRETILIN als politisches Druckmittel instrumentalisiert worden waren, befreite das Land von einem omnipräsenten Unruheherd.

Nach dreimaliger Verlängerung hat der VN-Sicherheitsrat am 24. Februar 2011 die Resolution 1969 verabschiedet, die eine Verlängerung des UNMIT-Mandats bis zum Wahljahr 2012 vorsieht. Anders als erwartet gibt es keine Reduzierung der VN-Einsatzkräfte. Vielmehr sollen diese dem osttimoresischen Staatsapparat bei den Vorbereitungen auf die anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen unterstützend zur Seite stehen.

Der Sicherheitsrat folgte damit dem Aufruf des VN-Generalsekretärs Ban Ki-moon sowie des osttimoresischen Staatsoberhauptes Ramos-Horta, die beide im Januar noch die herausragende Bedeutung der Mandatsverlängerung für die junge Demokratie deutlich gemacht hatten.

#### **Selbstbewusstsein durch unabhängigen Sicherheitsapparat**

Der osttimoresische Ministerpräsident Xanana Gusmão ließ in einer Rede bei den Vereinten Nationen am 22. Februar 2011 verlautbaren, dass die UNMIT 2012 das Land verlassen muss, da die Nationalpolizei (PNTL) und die Streitkräfte Ost-Timors (F-FDTL) dann bereit sein werden, die Verantwortung für die Sicherheit des Landes zu übernehmen“ (Jornal Digital, 28.02.2011). In diesem Kontext steht die internationale Gemeinschaft nach den Fehleinschätzungen, die 2005 zum Abzug und zur schweren Staatskrise geführt hatten, nun vor folgender Frage: Verfügt das Land über genügend Kapazitäten und Strukturen, um für die ei-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**OST-TIMOR**  
NIELS BÖHM

**März 2011**

[www.kas.de/osttimor](http://www.kas.de/osttimor)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

gene Sicherheit zu sorgen, oder besteht die Gefahr, dass innerstaatliche und -gesellschaftliche Konflikte wieder aufbrechen? Kritisiert wird von großen Geberländern wie Japan in diesem Kontext, dass mehr als 50 Sicherheitskräfte, denen diszipliniere und strafrechtliche Verstöße vorgeworfen werden, weiterhin in der PNTL dienen. Die Forderung nach einem konsequenteren Einschreiten findet sich auch in der letzten VN-Resolution 1969 wieder, in der „the importance of taking all measures necessary to ensure the credibility and integrity of the PNTL, including resolving any outstanding disciplinary and criminal charges faced by PNTL officers.“

Das neu erlangte Selbstbewusstsein Ost-Timors ist ein positives Signal dafür, dass trotz internationaler Präsenz die politischen Verantwortungsträger des Landes langfristig den Aufbau stabiler und demokratischer Strukturen in den eigenen Händen sehen. Ein großer Schritt in diese Richtung waren die friedlich verlaufenen Regionalwahlen im Jahr 2009. Ausdruck der veränderten Grundhaltung und des wiedergewonnenen Vertrauens in das eigene Land ist aus sicherheitspolitischer Perspektive die Vorstellung Gusmãos, den 20. Mai 2012 in die osttimoresischen Annalen als Datum der Verabschiedungszeremonie der VN-Truppen und des Erklommens einer weiteren Sprosse in Richtung Unabhängigkeit von internationalen Hilfeleistungen eingehen zu lassen.

#### **ASEAN als ökonomischer und regionalpolitischer Anker**

Die politische Konsolidierung, die sich durch außenpolitisch bedeutsame Staatsbesuche osttimoresischer Amtsträger in Israel, den USA und Brasilien Anfang dieses Jahres manifestierte, gipfelte am 4. März 2011 in der offiziellen Übergabe des Aufnahmeantrags in den Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) im Sekretariat dieser Regionalorganisation in Jakarta. Die guten Beziehungen zu Indonesien, das derzeit die ASEAN-Präsidentschaft innehat und dem Aufnahmeverfahren Rückendeckung gibt, wecken in Ost-Timor Hoffnungen, als potenzieller elfter Staat dem für 2015 angestrebten südostasiatischen Wirtschaftsraum beizutre-

ten. Beitrittsbefürworter wie der indonesische Außenminister Marty Natalegawa sehen Ost-Timors Zukunft „geopolitisch, geoökonomisch und geo-sozio-kulturell in Südostasien“, wie er am 7. März 2011 in der Jakarta Post deutlich machte. Neben der geographischen Identität des ressourcenreichen Landes wird von Unterstützern die prosperierende wirtschaftliche Lage, die bedingt durch steigende Öl- und Gaspreise dem Land in den vergangenen Jahren zweistellige Wachstumsraten beschert hat, angeführt. Desweiteren sind mit Kambodscha, Laos, Myanmar und Vietnam bereits vier Staaten in die ASEAN eingetreten, deren ökonomische Entwicklung ebenfalls eine große Diskrepanz zu der anderer Mitgliedstaaten wie etwa Singapur aufweist. Die prädominante Befürchtung der wohlhabenden Länder wie Singapur, deren BIP pro Kopf mit 30.000 US-Dollar zur Zeit 50 Mal so groß ist wie das des bisherigen Schlusslichts Laos, ist die Verlangsamung des Integrationsprozesses durch die Aufnahme eines ökonomisch noch schwächeren Gliedes wie Ost-Timor mit einem BIP pro Kopf von lediglich 440 US-Dollar. Auch wenn die ökonomischen Effekte eines Beitritts des kleinen Landes nicht von reziproker Natur sind, bringen die Osttimoresen im Zusammenhang mit ihrer demokratischen Staatsform vieles mit, wovon andere ASEAN Mitgliedsstaaten profitieren können. Die primären positiven Aspekte einer Aufnahme werden nicht ökonomischer sondern politischer Art sein. Die Tatsache, dass sich mit Ost-Timor eine junge Demokratie um die Aufnahme in ASEAN bewirbt, könnte deren demokratische Legitimation nach innen und internationale Glaubwürdigkeit stärken.

Es ist abzuwarten, wann erste konkrete Schritte in Richtung Aufnahmegespräche stattfinden und auf welchem Weg Ost-Timor die Kritiker in den kommenden Monaten von seinen Intentionen zu überzeugen versuchen wird.